

Medienmitteilung

Raserunfälle - Regierungsrat setzt Arbeitsgruppe ein

Solothurn, 25. November 2008 - Der Regierungsrat hat beschlossen eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, die gesetzlichen Bestimmungen über die allgemeinen Massnahmen zur Verhütung und Ahndung sogenannter Raserunfälle zu überprüfen. Aufgezeigt werden soll zudem der allenfalls erforderliche Bedarf an Gesetzes- oder Praxisänderungen. Sie hat ihren Bericht mit ev. Anträgen bis Ende März 2009 dem Regierungsrat zu unterbreiten.

Die ad- hoc eingesetzte verwaltungsinterne Arbeitsgruppe soll die geltenden gesetzlichen Bestimmungen auf Bundes- und Kantonebene über die allgemeinen Massnahmen zur Verhütung und Ahndung von Verkehrsunfällen, welche auf Geschwindigkeitsexzesse zurückzuführen sind, abklären.

Die Arbeitsgruppe soll ausserdem den allenfalls erforderlichen Bedarf an Gesetzes- und Praxisänderungen aufzeigen. Sie hat ihren Bericht mit möglichen Anträgen bis Ende März 2009 dem Regierungsrat zu unterbreiten.

Die Arbeitsgruppe

- Thomas Zuber, Kommandant der Polizei Kanton Solothurn (Vorsitz)
- Sabine Husi, Oberstaatsanwalt- Stellvertreterin
- Peter Gysin, Chef Führerzulassungen
- Yves Staub, Dienstchef Verkehrstechnik, Polizei Kanton
- Claudia Hänzi, Juristin Amt für soziale Sicherheit Solothurn
- Daniela Müller, Polizei Kanton Solothurn (Protokoll)